


Erstes Internationales Treffen von Gemeinden und Initiativen, die ein Konzept gemeinsamer Verantwortung aller Bereiche befürworten

Die Krise, die wir gegenwärtig durchmachen, ist mehr als nur eine Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie berührt alle Bereiche der Gesellschaft : ökologische Krise durch die Erschöpfung der natürlichen Hilfsquellen, soziale Krise durch die Vergrößerung der Schere zwischen Arm und Reich und der Ausweitung von Formen der Ausschließung und, darüber hinaus, eine tiefe Vertrauenskrise und Krise der Werte und Entwicklungsmodelle, die unsere Auswahl und Entscheidungen bestimmen.



Während das Wachstum des Bruttosozialprodukts seit dem Zweiten Weltkrieg als Messlatte des Fortschritts galt, ist es nötiger denn je geworden, neu darüber nachzudenken im Hinblick auf den Wohlstand aller ohne Ausschluss, einschließlich auch der künftigen Generationen. Es ist mithin zu überlegen, wie sich die Gegensätze zwischen Arm und Reich verringern lassen, wie die vorhandenen

 Ressourcen geteilt werden können, wie der soziale Zusammenhalt und die nachhaltige Entwicklung gesichert werden können. Dies erfordert, von einer Situation, in welcher der Staat oder der Markt für den Fortschritt verantwortlich waren, zu einer Sichtweise gemeinsamer Verantwortung aller überzugehen : der Politiker, der Privatwirtschaft und der Bürger.

Einer Anregung des Europarats folgend haben mehrere Gebiete in Europa und darüber hinaus seit 2005 damit begonnen, diese neue Sichtweise praktisch zu erproben, indem sie – ausgehend von der Wohlstandsdefinition durch die Menschen selbst und den in Abstimmung mit allen festgestellten tatsächlichen Bedürfnissen – neu über die Organisation der Gesellschaft und der Wirtschaft nachdenken. Dieser so eingeleitete Prozess trägt aufgrund einfacher, leicht anwendbarer und übertragbarer Methoden zum Erscheinen einer neuen Art der Bemessung des Fortschritts auf allumfassender Ebene bei.



Die Gemeinden und Initiativen, die ein Konzept gemeinsamer Verantwortung aller Bereiche befürworten finden ihren Widerhall vor allem in der Europäischen Städtecharta II des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats, die dazu aufruft, verantwortungsbewusste Staatsbürgerschaft, nachhaltige Entwicklung, Solidarität und die nötigen Kenntnisse in Verbindung miteinander anzugehen. Im übrigen gibt es auch noch andere Initiativen, die sich von denselben Gedanken leiten lassen, etwa die sog. Städte im Übergang (Transition Towns), Pakte auf örtlicher Ebene usw. .



Mit der Organisation eines Ersten Treffens von Gemeinden und Initiativen, die ein Konzept gemeinsamer Verantwortung aller Bereiche befürworten am 25. September 2009 laden die Veranstalter, die Stadt Mülhausen als Pionier dieses Prozesses und der Europarat, Vertreter aller Bereiche, die sich um diese Probleme Sorgen machen, zur Diskussion darüber ein. Grundlage der Diskussion bilden die konkreten Experimente, die vor Ort in Mülhausen unternommen wurden, die Frage, zu welchen Schlussfolgerungen man gelangt ist und welche neuen Aussichten sich diesbezüglich bieten. Es soll ferner darüber gesprochen werden, wie man am besten ein Netz von Kontakten aufbaut, das den Beteiligten ergänzende Anregungen bietet, den Austausch erleichtert und die Ergebnisse der Modellversuche in größerem Maßstab politisch und methodologisch auswertet.

Mit Unterstützung und Teilnahme von :



Gedolmetschte Sprachen : Französisch – Englisch – Italienisch – Deutsch

Nähere Information finden Sie unter :

mulhouse.fr oder <https://spiral.cws.coe.int>

Auskünfte/Anmeldung :

sebastien.houssin@ville-mulhouse.fr

03 69 77 66 06



Mulhouse 25. September 2009
Société Industrielle



VILLE DE
MULHOUSE
mulhouse.fr